

## Pressemitteilung

**Schulfach Wirtschaft: Ökonomen begrüßen den ambitionierten Zeitplan der NRW-Regierung und fordern andere Bundesländer zum Handeln auf**

**Düsseldorf, 26.11.2018 – Bereits im Schuljahr 2019/2020 soll das neue Schulfach „Wirtschaft und Politik“ an nordrhein-westfälischen Gymnasien auf dem Stundenplan stehen. Andere Schulformen sollen im Rahmen eines ambitionierten Zeitplans folgen. „Das ist ein großer Fortschritt für NRW und ein wichtiges Signal an alle deutschen Bundesländer, die den eklatanten Handlungsbedarf in Sachen ökonomischer Allgemeinbildung anscheinend noch nicht erkannt haben“, kommentierte bdvb-Präsident Prof. Dr. Malcolm Schauf die heutige Ankündigung durch NRW-Schulministerin Yvonne Gebauer in Düsseldorf.**

„Wichtig ist jetzt, dass die benötigten Lehrkräfte zügig und nachhaltig ausgebildet werden, damit die hohen Erwartungen der Jugendlichen und ihrer Eltern an das neue Schulfach nicht enttäuscht werden“, so Schauf weiter. „Für eine inhaltlich fundierte, nuancierte und neutrale Unterrichtsgestaltung sind Fachkenntnisse der Wirtschaftsdidaktik erforderlich, die nur in spezialisierten Lehramtsstudiengängen erworben werden können.“

Glücklicherweise seien in Nordrhein-Westfalen eine ganze Reihe von Bildungsträgern vorhanden, die mit entsprechenden Aus- und Weiterbildungsangeboten zur Umsetzung des ambitionierten Koalitionsvorhabens beitragen könnten, erläuterte Schauf, der selbst eine Professur für BWL an der FOM Hochschule Düsseldorf innehat.

Unter Verweis auf die Befähigung zum selbstbestimmten Leben und zur demokratischen Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungen der Wirtschaftspolitik setzt sich der Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte für die Einführung des Schulfachs Wirtschaft als Pflichtfach in allen Bundesländern ein. Bildung sei zwar in erster Linie ein Selbstzweck, sie diene aber auch zum Erwerb und zur Erhaltung von Fähigkeiten, die zum Wohlstand und Fortschritt jedes Menschen und der Gesellschaft insgesamt beitragen, heißt es in einer 2012 verabschiedeten Resolution des bdvb. Die heutige NRW-Schulministerin Yvonne Gebauer hatte die Resolution im Frühjahr 2017 öffentlich unterzeichnet.

**Über den bdvb:** Der 1901 in Berlin gegründete unabhängige Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte e.V. vertritt über die Teildisziplinen hinweg die Interessen aller Wirtschaftswissenschaftler in Deutschland in Studium und Beruf. Als anerkannter und größter Wirtschaftsakademikerverband unterstützt er die interdisziplinäre Diskussion über ökonomische Themen und bietet ein Forum für den Gedankenaustausch zwischen Wissenschaft und Praxis. Der bdvb kooperiert mit in- und ausländischen Partnerverbänden, Forschungseinrichtungen und Unternehmen.

Kontakt:  
Bundesverband Deutscher Volks- und Betriebswirte e.V. (bdvb)  
Florastr. 29, 40217 Düsseldorf  
Tel.: 0211-371022, E-Mail: [info@bdvb.de](mailto:info@bdvb.de)